Zeitschrift: Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft
Herausgeber: Pro Senectute Basel-Stadt
Band: - (2013)
Heft: 1: Recht und Gerechtigkeit

Artikel: Fallbeispiel 3: Soziale Protestbewegungen : mehr Gerechtigkeit, subito!
Autor: Ryser, Philipp
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-843063

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Fallbeispiel 3: Soziale Protestbewegungen

Mehr Gerechtigkeit, subito!

[ryp.] Die 68er wussten es: Allein, weil sich eine Gesellschaftsordnung etabliert hat, muss sie noch lange nicht legitim, geschweige denn gut oder gerecht sein. Nicht alles, was legal ist, ist richtig, gut und wünschenswert. Auch in Rechtsstaaten wie der Schweiz gibt es gesellschaftliche Normen, Werte, Traditionen und Handlungen, die man als ungerecht oder falsch betrachten kann – wie zum Beispiel der einst geplante AKW-Bau in Kaiseraugst, der 1974 ein erstes Mal zu Protesten führte.

Für Ruth Mascarin war es einer der Höhepunkte als Nationalrätin: «Um uns ein Bild von der Situation zu machen, wurden wir eingeladen, das Baugelände zu besichtigen. Tausende von Demonstranten hatten es besetzt. Sie sassen einfach nur da – bildeten einen Spalier, den wir durchqueren mussten. All die bürgerlichen, konservativen Nationalräte, welche dabei waren, fanden die Situation bedrohlich. Das war sie nicht. Es war eine Machtdemonstration, ein Zeichen des Volkes, dass man so nicht vorgehen könne. Ich war unheimlich stolz.» Der Rest der Geschichte ist bekannt. Die vielen Tausend Demonstranten, welche das Baugelände besetzt hielten, trugen letztlich dazu bei, dass in Kaiseraugst kein AKW gebaut wurde. In der Nordwestschweiz atmete man auf.

Die POCH-Nationalrätin war zu dieser Zeit bereits politikmüde. Die Arbeit im männerdominierten Parlament hatte ihr derart missfallen, dass sie nach anderthalb Sessionen (1979–1985) beschloss, aus dem Nationalrat zurückzutreten und sich wieder vollumfänglich ihrer Arztpraxis zu widmen. Ihr Engagement für sozial benachteiligte Menschen setzte sie fort, zum Beispiel, indem sie sich als eine der ersten Ärztinnen in Basel am Methadon-Abgabe-Programm beteiligte und Drogensüchtige auch schon mal zu Hause besuchte. Ihr war es immer ein Anliegen, soziale Missstände zu bekämpfen und einen Beitrag für eine gerechtere Gesellschaft zu leisten.

1968: Für eine gerechtere Gesellschaft

Junge, engagierte, sozialkritische Menschen gab es in den 1960er-Jahren einige. Viele von ihnen studierten an der Universität Basel. Sie verfolgten die weltpolitischen Entwicklungen mit Interesse. Sie lasen sozialkritische (und natürlich auch marxistische) Texte, prangerten das grosse Nord-Süd-Gefälle an, die menschenunwürdige, neokoloniale Politik des Westens und schimpften über die verknöcherte, konservative Gesellschaft in der Schweiz. Ganz bewusst und dezidiert grenzten sie sich vom «Establishment» ab und beschritten neue – aus Sicht der Bürgerlichen befremdende – Wege.

Tatsächlich brachten diese jungen Menschen gerade auf der kulturellen Ebene vieles ins Rollen. Sie trugen lange Haare, Blue-Jeans, Lederjacken, hörten Rock-Musik, gründeten WGs, besetzten Häuser (um Renovierungen und drohende Mietzinserhöhungen zu verhindern) und hinterfragten Hierarchien. Damit hatten sie nachhaltigen Erfolg. Schliesslich ist die Art und Weise, wie wir uns heute kleiden, wie wir miteinander umgehen, zusammenleben und wohnen, eine Folge des damals unkonventionellen Lebensstils.

«Wir hatten das Gefühl, die Welt stehe uns offen. Das galt ganz besonders für uns Frauen. Ich wusste, dass ich mit 18 im Kantonsspital die Antibabypille bekommen konnte, wenn ich sie denn wollte. Das war ein Riesenschritt.» Demgegenüber stand es um viele Dinge nicht gut: Frauen durften noch nicht wählen und abstimmen, hatten manchmal sogar Mühe eine Festanstellung zu bekommen, da – so die vorherrschende Meinung – eine gute Ehefrau und Mutter zu Hause zum Rechten schauen muss und demzufolge nicht arbeiten kann. Mühe, eine Arbeit zu finden, hatten aber auch jene, welche die falsche Ideologie vertraten. Ruth Mascarin zum Beispiel hatte nach dem erfolgreich abgeschlossenen Medizinstudium keine Chance in Basel eine Stelle zu finden. «Offenbar hatte man höheren Orts verfügt, dass ich keinen Job in den Basler Spitälern erhalten dürfte.» So arbeitete sie an den Krankenhäusern in Laufen und später in Olten. Dazu war sie kurze Zeit – befristet – an der psychiatrischen Poliklinik angestellt.

1968/69: POB/POCH

Obwohl links stehende Bürger verunglimpft, teilweise beschimpft und, wie sich später herausstellte, sogar ausspioniert und – wie auch andere – fichiert wurden, gründeten junge Studenten (unter ihnen auch Ruth Mascarin), Lehrlinge und junge Frauen 1968/69 die Progressiven Organisationen Basel (POB), aus der dann die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) hervorging. «Wir wollten uns im schweizerischen System einbringen. Wir machten von Anfang an Referenden und Initiativen – ganz im Gegensatz zur RAF (Baader-Meinhof). Mit deren Politik konnten wir überhaupt nichts anfangen. Unser Schachzug war, mit jenen politischen Instrumenten zu arbeiten, die das schweizerische System zur Verfügung stellt.»

Ein paar Jahre nach Ruth Mascarin trat auch Thomas Bärlocher in die POB ein. Der Militärputsch in Chile, der die sozialistische Allende-Regierung zu Fall brachte, hatte ihn politisiert. Zusammen mit vielen anderen Jugendlichen ging er in Basel auf die Strasse. Er begann politische Schriften zu lesen – marxistisch-leninistische Traktate. «Ich ärgerte mich über die sozialen Ungleichheiten auf der Welt, über die Ausbeutung der Dritte-Welt-Länder und befürwortete eine gerechtere Verteilung.» Durch einen seiner älteren Brüder kam er in die Politik und nahm an den Aktionen der Progressiven teil. Diese traten 1969 mit dem Drämmli-Sitzstreik ein erstes Mal gross in Erscheinung. Mehrere hundert Schüler, Lehrlinge und Studenten blockierten aus Protest gegen die angekündigten Billett-Preiserhöhungen die Tramgeleise auf dem Barfüsserplatz. Auf Transparenten hatten sie ihre Parolen geschrieben: «Gefahr sehen. Links gehen», stand da in dicken Lettern neben dem Konterfei von Karl Marx, oder: «Basler Volksbefreiung durch Gratistram». Die Bürger waren schockiert. «Dass die das dürfen!» Die Abstimmung für das Gratistram wurde dann 1972 vom Stimmvolk mit überwiegender Mehrheit (87,4%) abgelehnt. Auch aus der Idee einen Nulltarif im Theater einzuführen, die Theaterdirektor Werner Düggelin 1969 vorbrachte, wurde nichts.

1970–1990: Protestbewegungen

Sozialkritische Protestbewegungen gab es auch in den 70er- und 80er-Jahren. Im April 1975 besetzten 15'000 Menschen, im Oktober 1981 sogar deren 20'000 das AKW-Baugelände in Kaiseraugst. Es folgten die Jugendunruhen rund um das Autonome Jugendzentrum (AJZ) an der Hochstrasse. Das ehemalige Postgebäude, das die Jugendlichen verwalten wollten, um selbstbestimmt leben zu können, wurde schon bald zu einem Obdach für Junkies und andere Randständige. Nachdem das Haus 1981 geräumt worden war, schlossen sich gegen 8'000 Personen zu einem Protestmarsch durch die Stadt Basel zusammen. Die dritte grosse Protestwelle schwappte 1986 nach dem Brand in Schweizerhalle über die Stadt und das Umland hinweg. Der offensichtlich lasche Umgang mit hochgiftigen Chemikalien beunruhigte viele Menschen. Massenproteste gab es trotzdem keine. Solche fanden zwei Jahre später nach der Räumung der alten Stadtgärtnerei statt. Um Platz für einen Park zu schaffen, hatte die Polizei das Areal geräumt und anschliessend sofort die Gewächshäuser abreissen lassen. Gegen dieses (an und für sich legale, aus Sicht der betroffenen Künstler, Jugendlichen und Sympathisanten aber illegitime) Vorgehen demonstrierten im Sommer 1988 mehrere Tausend Menschen.

Thomas Bärlocher nahm als Politiker mehr oder weniger aktiv an diesen Geschehnissen teil. 1990 wurde er als Nachrückender sogar Nationalrat. «In all den Jahren schafften wir es immer wieder, mit teilweise radikalen Forderungen das politische Terrain zu besetzen», erinnert er sich. Und weiter: «Seit der EWR-Abstimmung 1992 sammelt die SVP ‚radikale' Kräfte auf der rechten Seite des Politspektrums.» Nach dem Fall der Berliner Mauer, 1989, gehörte das bipolare Weltbild der Vergangenheit an. Die Welt war komplexer, vielschichtiger, kleiner geworden. Die Globalisierung hatte sich vollends durchgesetzt. «Einigen von uns war klar, dass die bisherigen Antworten nicht mehr reichten», bekennt Thomas Bärlocher. Es war nun die SVP, der es gelang, politische Themen plakativ aufzugreifen. Thomas Bärlocher zog seine Konsequenzen. 1993 beteiligte er sich an der Auflösung der POP und trat fortan als parteiloser Grossrat zusammen mit anderen ehemaligen Fraktionsmitgliedern auf. Erst später, 1999, schloss er sich der SP Basel-Stadt an und war von 2006 bis 2009 gar deren Präsident.

Seit 1990: Im Konsum verhangen

Die Zeit, als sich junge Menschen versammelten, um gegen die herrschenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu protestieren, scheint vorbei zu sein. Abgesehen von den Fussball-Rowdies, die hin und wieder mit Krawallen für negative Schlagzeilen sorgen, gibt es bei uns kaum mehr grosse soziale Bewegungen, die mit legitimen und vernünftigen Anliegen versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Die grosse Mehrheit kann es sich heute leisten, recht unbeschwert zu konsumieren – teure technische Geräte, Markenkleider und diverse Konsumgüter zu kaufen. Bei den vielen Möglichkeiten und all den zusätzlichen Optionen, die (noch) nicht ausgeschöpft wurden, bleibt wenig Zeit, um einen Protest für ein legitimes Anliegen zu organisieren. Man scheint mit der Ordnung der Dinge mehr oder weniger zufrieden zu sein. Gewiss: Hin und wieder gibt es in den neuen Medien und auch in einigen Zeitungen Diskussionen, die deutlich machen, dass nicht alles zum Besten steht. Doch ein ähnlich grosses Engagement wie die 68er oder die radikalen Jugendlichen in den 80er-Jahren zeigen die politisch aktiven Jungen heute kaum – obwohl die herrschende soziale Ordnung durchaus ihre Schwächen hat, die – bei Licht besehen – ganz ähnlich, im Bereich der Wirtschaft sogar noch akzentuierter sind als in den späten 1960er-Jahren.

Eine andere Gesellschaftsordnung wäre auch heute durchaus denkbar – eine, in der das Vermögen gleichmässiger verteilt wäre. Eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer für die gleiche Arbeit denselben Lohn erhalten. Eine Gesellschaft, in der global agierende Unternehmen nicht nur fette Gewinne einstreichen, sondern auch vollumfänglich für jene Umweltbelastungen aufkommen, die sie (mit)verursacht haben. Eine Gesellschaft, in der CEOs keine unverschämt hohen Boni erhalten, sondern Löhne, die in einem vernünftigen Verhältnis zu den Salären der übrigen Erwerbstätigen stehen. Eine Gesellschaft, in der es kein Guantanamo gibt und keine Friedensnobelpreisträger, die aus geostrategischen Überlegungen Krieg führen. Ja, vorstellen könnte man sich das; und man könnte auch dafür kämpfen, protestieren – hinstehen und fordern. So wie beispielsweise jene Demonstranten, die 2011 in New York im Zuccoti Park, mitten in Manhatten, campierten. Sie nannten sich «Occupy Wall Street» und forderten den Abbau sozialer Ungerechtigkeiten. Sie verlangten, Spekulationsgeschäfte zu verbieten und den Einfluss der Wirtschaft auf die Politik zu mindern. Die Bewegung scheint sich im Sand verlaufen zu haben. Soll man deshalb resigniert sein, desillusioniert? Thomas Bärlocher schüttelt den Kopf. Er sei zwar ein wenig enttäuscht gewesen, dass diese Bewegung abgeebbt sei. Er habe gehofft, dass nun endlich wieder eine linke Bürgerinitiative erfolgreich werden könnte. Trotzdem ist er zuversichtlich, da er feststellt, dass junge Menschen immer wieder politisch aktiv sind: «Es gibt Demos und in diversen Gruppen spannende Diskussionen.»

Das mag stimmen, doch die Protestbewegungen, welche in letzter Zeit bei uns stattfanden, lassen sich an einer Hand abzählen: In Basel versammelten sich im vergangenen Jahr junge Menschen auf dem Areal des ehemaligen Kinderspitals und besetzten das leer stehende Gebäude – um Party zu machen. Studenten demonstrierten für eine fleischfreie, sprich: vegetarisch geführte, Mensa und ein paar Hundert Menschen forderten mit einem Demonstrationsumzug die Freilassung jenes Mannes, der auf einer illegalen Party auf dem NT-Areal festgenommen und mehrere Monate in Untersuchungshaft festgehalten wurde. Doch ist das alles? Sind das die Themen, welche die politisch aktiven Jungen beschäftigen?

Ruth Mascarin hat eine optimistischere Sicht: «Die Jugendlichen sind heute nicht weniger engagiert, als wir es waren. Die Art und Weise wie Politik betrieben wird, hat sich verändert. Vieles spielt sich über die Neuen Medien ab: auf Facebook, Twitter und im Internet. Es fehlen zwar die grossen Ideologien, aber für Anliegen, welche ihnen wichtig sind, werden junge Menschen nach wie vor aktiv.» Vielleicht stimmt das ja. Die Schülerinnen und Schüler des Humanistischen Gymnasiums stellten dies im letzten Jahr überraschend unter Beweis. Sie engagierten sich mit einem Protestumzug – nein, nicht für mehr Freiraum oder weniger Prüfungen –; sie kämpften erfolgreich gegen die vom Basler Erziehungsdepartement verordnete Abschaffung des Schwerpunktfaches «Philosophie, Psychologie, Pädagogik».